



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion

Büro Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
☎ (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53115 Bonn

Zweites Deutsches Fernsehen
Redaktion Heute Journal
Postfach 4040
55100 Mainz

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Bonn, den 9. August 2003

Ihre Berichte über „Subventionen“: Bonn-Ausgleich und Erneuerbare Energien

Sehr geehrte Damen und Herren,,

Sie haben damit begonnen, über Subventionen in Deutschland zu berichten. Dies ist ein aus meiner Sicht vernünftiges Vorhaben, um den Unsinn vieler Subventionen aufzudecken.

Allerdings bedarf eine solche Berichterstattung einer besonderen Sorgfalt, um bei den Zuschauerinnen und Zuschauer keinen falschen Eindruck zu hinterlassen. Aus meiner Sicht wurde diese Sorgfalt bei den von Ihnen gewählten Beispielen „Förderung erneuerbarer Energien“ und „Bonn-Ausgleich“ nicht eingehalten.

Bonn-Ausgleich

- Der Bonn-Ausgleich ist keine Subvention für eine Region, sondern Teil des Umzugsbeschlusses nach Berlin. Ohne diesen Teil des Beschlusses hätte es keinen Umzug nach Berlin gegeben.
- Dass Bonn durch den Bonn-Ausgleich einen erfolgreichen Strukturwandel erreicht hat, zeigt den Sinn dieses Beschlusses und nicht – wie implizit unterstellt – den Unsinn der Zahlungen. Andere Regionen – Ruhrgebiet, Unterfranken, Nord-Niedersachsen, Neue Bundesländer, Saarland, Bremen – leiden auch nach Jahrzehnten Subventionen immer noch an einer Strukturschwäche. Bonn hat den Strukturwandel durch den klugen Einsatz der Mittel in knapp zehn Jahren weitgehend verkraftet.
- Ihre Aussage, „allein 2003“ würden „130 Millionen Euro“ für Bonn gezahlt, unterstellt eine lange weitere Laufzeit der Zahlungen. Den Zuschauerinnen und Zuschauern wurde verschwiegen, dass der Bonn-Ausgleich genau jetzt ausläuft und dass bis 2010 nur noch 5 Millionen Euro jährlich als Zuschuss zur Bonner Kultur gezahlt wird, um sowohl den Abbau früherer Kapazitäten, als auch die Ansprüche des deutschen UN-Standorts an das Kulturangebot zu erreichen.



Erneuerbare Energien

- Der Beitrag hob vor allem auf die hohen Kosten der erneuerbaren gegenüber den herkömmlichen Energieträgern ab. Dabei wurde die ungedeckten Kosten von Atomenergie und fossilen Energieträgern schlicht verschwiegen. Wer bezahlt die Atomtransporte? Wer bezahlt die Endlagerung? Wer bezahlt die Kalkung der Wälder, die der saure Regen nötig macht? Wer bezahlt die Flut- und Dürreschäden als Folgen des Treibhauseffekts? Das Umweltbundesamt hat eine Gesamtrechnung mit dem Ergebnis gemacht, dass volkswirtschaftlich die Kosten der erneuerbaren Energien schon unter den von Strom aus konventionellen Energieträgern liegen.
- Warum erzählen Sie die Märchen der großen Energie-Monopolisten vom teuren Reservestrom für die Windräder kritiklos nach? Die angeblich für die Windkraft notwendigen Ersatzkraftwerke sind nämlich die Kraftwerke, die diese Tage die wegen Fehlen von Kühlwasser beinahe abgestellten Atomkraftwerke ersetzen müssen. Diese Vorhaltungskosten allein den erneuerbaren Energien aufzubürden, ist unfair.
- Die Rechnung, wieviel Euro pro Arbeitsplatz die erneuerbaren Energien kosten, ist unsinnig, da wir jedes Jahr in diesem Bereich einen immensen Aufbau neuer Arbeitsplätze haben, aber bereits 2006/2007 wohl die höchste Gesamtförderung erreicht ist. Danach bekommt Deutschland als mittelweile Weltmarktführer immer mehr Arbeitsplätze für immer weniger Förderung.
- Eine weitere wichtige Information, die den Zuschauerinnen und Zuschauern leider vorenthalten wurde, ist die Tatsache, dass die Förderhöhe für erneuerbare Energien von Jahr zu Jahr gesetzlich sinkt! Damit erzwingen wir eine zunehmende Wirtschaftlichkeit zusätzlich zum Klimaschutz und den Arbeitsplätzen. Welche andere Subvention kann das von sich behaupten?

Mir ist klar, dass es keine Richtigstellung geben wird. Aber bitten sorgen Sie dafür, dass diese beiden Themen in Zukunft fairer und abgewogener dargestellt werden. Die Bundesstadt Bonn hat als Geburtsort unser Nachkriegsdemokratie eine andere Würdigung verdient, als Ihr die Fördermittel für einen erfolgreichen Strukturwandel zu neiden. Und verhindern Sie bitte, dass Ihr wichtiges Nachrichtenmagazin zum unkritischen Sprachrohr großer Energiekonzerne wird, die mit allen Mitteln die erneuerbaren Energien als Konkurrent um Marktanteile schädigen wollen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Ulrich Kelber, MdB